

Wien, am Dienstag, den 18. Dezember 1928

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom Dienstag, den 18. Dezember 1928

Fortsetzung der Spezialdebatte über den Voranschlag der Gemeinde
Wien für das Jahr 1929.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 16 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat tritt in die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und Sozialpolitik ein. Der Berichterstatter amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler erstattet über die ihm unterstellte Verwaltungsgruppe ein eingehendes Exposé. Er führt einleitend aus, dass die budgetären Ausgaben für die Wohlfahrtspflege seit Jahren ständig steigen. Während im Jahre 1923 für das Wohlfahrtswesen 35 Millionen Schilling ausgegeben worden sind, werden für das kommende Jahr nicht weniger als 109 Millionen Schilling veranschlagt. Das ist nahezu eine Verdreifachung. Bemerkenswert ist, dass die Ausgaben für die produktive Bevölkerungspolitik in dem gleichen Masse steigen, als die unproduktiven Ausgaben sinken. Die produktiven Ausgaben im Jahre 1923 umfassten 43 Prozent. Sie sind bis heute auf 61 Prozent gestiegen. Ein Vergleich der Ausgaben der Gemeinde Wien für das Wohlfahrtswesen mit den Ausgaben der Bevölkerung Oesterreichs für Alkohol zeigt den ganzen Wahnsinn des Alkoholismus. Das arme Oesterreich hat im Jahre 1927 rund 800 Millionen Schilling für Alkohol ausgegeben, das ist achtmal so viel, als die Wiener Wohlfahrtspflege kostet. Betont muss werden, dass ein Grossteil der Ausgaben für Alkohol leider dazu verwendet wird, der Wohlfahrtspflege systematisch entgegen zu arbeiten. Die rund tausend Alkoholiker, die die Irrenanstalten Wiens bevölkern, sprechen dafür eine beredete Sprache. Es wäre schon die höchste Zeit, dass endlich einmal die Menschen die notwendige moralische Energie aufbringen, durch die der Volkssehne Alkohol Einhalt geboten werden kann. Hinsichtlich des Alkoholverbrauches beträgt die Kopfquote in Oesterreich rund 120 Schilling jährlich. Dabei trinken natürlich die Väter und leider vielfach auch die Mütter die Kopfquote ihrer Säuglinge und Kinder mit. Ein Oesterreicher trinkt im Jahr 76 Liter Bier, 14 Liter Wein und 17 Liter Schnaps. Während die Kopfquote für den Alkoholverbrauch, wie schon erwähnt, 120 Schilling jährlich beträgt, macht die gesamte Belastung eines Wienerers aus dem Titel der Wohlfahrtspflege pro Kopf und Jahr nur 44 Schilling aus, das ist ein Drittel von dem, was er vertrinkt. Stadtrat Professor Dr. Tandler berichtet dann über die Leistungen auf dem Gebiete der Gesundheitspflege und teilt mit, dass schon nahezu dreitausend Menschen der systematischen Blutgruppenuntersuchung unterzogen worden sind. Der Zentralkateter über die Blutspender funktioniert auch schön. So kam vor einiger Zeit ein Patient des Rainerspitals durch einen von der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellten Blutspender, einem Arbeitersamariter gerettet werden. Hinsichtlich der Tuberkulose ist vor allem bei Kindern und Frauen ein Rückgang festzustellen. Besonders bemerkenswert ist die grosse Zahl der Untersuchungen in den Tuberkulosefürsorgestellen der Gemeinde, die ein Beweis dafür ist, dass die Bevölkerung an der Bekämpfung der Tuberkulose lebhaften Anteil nimmt. Der Rückgang der Geschlechtskrankheiten, insbesondere der Syphilis, macht sich insbesondere in den Anstalten der Gemeinde Wien im Rückgang der Fälle von angeborener Syphilis bemerkbar. Der allgemeine Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung kann als günstig bezeichnet werden. Die Befürchtungen, dass die schweren Diphtherieepidemien, Vorjahr in den Nachbarstaaten aufgetreten sind, auch in Wien ihre Opfer fordern werden, sind glücklicherweise überflüssig gewesen. Die Zahl der Diphtherietodesfälle ist gegenüber früheren Jahren nicht gestiegen, wenn auch die Zahl der schweren Krankheitsfälle vielleicht ein wenig grösser geworden ist. Zu irgendeiner Beurteilung aber ist keinerlei Veranlassung

gegeben. Die im Frühjahr 1927 und auch heuer häufigeren Erkrankungen an Masern und Scharlach haben wenig Opfer gekostet, da es sich nur um leichte Epidemien gehandelt hat. Im heurigen Sommer war in Wien eine durch die Bemühungen des Gesundheitsamtes streng lokalisierte Typhus-Epidemie. Auch sie hat nur wenig Opfer gefordert. Die schon im Vorjahr begonnenen systematischen Untersuchungen der Quelleneinzugsgebiete der ersten Hochquellenleitung wurden hauer fortgesetzt. Durch diese Untersuchungen gelang es, die einzelnen Einzugsgebiete abzugrenzen und die Abhängigkeit des Keimgehaltes des Quellen von atmosphärischen Einflüssen festzulegen. Das ist von ganz besonderer Bedeutung, weil dadurch die Möglichkeit gegeben ist, Quellen, die aus irgendeinem Ereignis eine Steigerung ihres Keimgehaltes aufweisen, auszuschalten. Für die Erhaltung unserer Hochquellenleitung ist aber noch von besonderer Wichtigkeit die Hintanhaltung weiterer Besiedlung jener Gebiete, die das Einzugsgebiet unserer Quellen darstellen. Es ist zu hoffen, dass das Land Niederösterreich im wohlverstandenen Interesse für Wien und auch für die an die Hochquellenleitung angeschlossenen Gemeinden in Niederösterreich unsere Bemühungen für die Reinhaltung der Quellen unterstützen würde. Eine schwere Belastung des Budgets bilden noch immer die in den Gemeindeanstalten befindlichen Ausländer, für deren Verpflegung eine Reihe von Nachbarstaaten keinen Groschen zahlten. Hingegen kommt es noch immer vor, dass irrsinnige durch Vermittlung der Konsulate ihrer Staaten nach Wien gebracht werden, wo sie einfach von den Behörden aufgegriffen werden und dann unseren Irrenanstalten zur Last fallen. Der Nachweis der Staatszugehörigkeit erfordert meistens mehrere Jahre, in einem Fall laufen zum Beispiel die Verhandlungen schon seit dem Jahre 1922. Stadtrat Professor Dr. Tandler bespricht dann die Leistungen des Jugendamtes, das durch den Prozess Stodolak in den letzten Wochen im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses gestanden ist. Der Referent verweist zunächst darauf, dass die Zahl der Sprengelfürsorgerinnen anfangs dieses Jahres um fünfzehn vermehrt worden ist, um den grossen Aufgaben, die dem Jugendamt gestellt sind, gerecht zu werden. Die Zahl der Mündel des Jugendamtes betrug am 1. November dieses Jahres rund 22.000. Die Zahl der Kinder, die mit Pflegebeiträgen der Gemeinde versehen werden, erreichte am 1. Oktober dieses Jahres die Zahl von rund 13.000. Am 1. Oktober dieses Jahres haben rund 8500 Kinder die städtischen Kindergärten besucht. Bis Ende November hat das Jugendamt nicht weniger als 11.000 Säuglingswäschepakete ausgegeben. Alles in allem stehen rund 36.000 Kinder in der ^{Dauer-}fürsorge der Gemeinde Wien. Eine ungeheure Belastung sind die gerichtlichen Interventionen. Diese erreichten im Vorjahr die Zahl von 8000. Darunter waren 3700 Vaterschaftsfeststellungen. Man hat der Meinung Ausdruck gegeben, dass das Jugendamt viel zu sehr statistisch arbeitet. Das ist jedoch ganz unrichtig. Das Gegenteil ist wahr. Es fehlt leider die Statistik, da wir vor lauter Arbeit nicht einmal dazu kommen, die Resultate unserer Arbeiten zusammenzufassen und sie wissenschaftlich zu bearbeiten. Wer die Jugendfürsorge praktisch kennt, und nicht darüber nur theoretisch geschrieben hat, weiss, wie schwierig die Arbeiten des Jugendamtes sind und wie leicht es zu Unglücksfällen kommen kann. Es gibt keinen Beruf, der so sehr an die Menschen gebunden ist, wie den Fürsorgeberuf. Nichts ist leichter als die beliebte Verallgemeinerung, aus einem Einzelfall auf das ganze zu schliessen und dieses in Bausch und Bogen zu verurteilen. Im Falle Stodolak wurde gesagt, dass die Fürsorgerinnen zu jung sind. Die beiden Fürsorgerinnen, die sich mit der Angelegenheit Stodolaks beschäftigt haben, sind 29 Jahre alt. Man hat behauptet, dass diese Fürsorgerinnen zu wenig geschult seien. Die beiden Fürsorgerinnen stehen seit 1919 in städtischen Diensten und haben alle vorgeschriebenen Schulen, Kurse und Prüfungen abgelegt. Insbesondere wurde im Falle Stodolak der Bürokratismus beschuldigt. Gewiss liegt die Gefahr der Verbürokratisierung nahe, aber wir sind immer bemüht, ihr entgegen zu treten. Schon in einem Vortrag im Februar 1927 habe ich die Fürsorgerinnen auf diese Gefahr

aufmerksam gemacht und seither wurde immer wieder betont, dass die Unmittelbarkeit des Verfahrens das Um und Auf der Fürsorge sei. Professor Dr. Tandler gibt dann eine tabellarische Uebersicht über den Fall Stodolak, die zeigt, wie schwer es war, die Wahrheit zu erfahren. Man hat im Gerichtsaal immer wieder betont, dass es doch hätte möglich sein müssen, mit dem Kind allein zu sprechen. Man stelle sich nun eine Fürsorgerin vor, die einer Mutter oder einem Vater, die mitunter auch oft kein reines Gewissen haben, in irgendeiner Form nahe legen soll, sie mit dem Kind allein zu lassen, und frage sich erst, ob das so einfach ist und ob nicht in der Majorität der Fälle die Eltern mit allen Mitteln die Fürsorgerin in ihrem Bestreben zu hindern versuchen. Man frage auch die Polizeiärzte, die ja auch im Falle Stodolak Untersuchungen angestellt haben, ob es so leicht ist, Verletzungen als durch Misshandlung entstandene zu qualifizieren. Man überlege sich auch, was es heisst, einer Mutter ihr Kind abzunehmen. Vor zwei Jahren ist eine Mutter, der das Kind abgenommen worden war, schnurstracks in die Donsu gegangen. In einem anderen Falle, der sich erst vor kurzer Zeit ereignet hat, hat der Vater den Beamten, der das Kind abnehmen sollte, in Anwesenheit eines Polizeimannes überfallen und gewürgt. Solche Szenen spielen sich ununterbrochen ab. Es muss doch bedacht werden, dass ein Drittel aller Kinder, die in der Fürsorge der Gemeinde stehen, wegen Alkoholismus ihrer Eltern in die Fürsorge gekommen sind. Die Zahl der Misshandlungen ist eine unglaublich grosse. Sie entspricht dem Wüten des Alkoholismus. Alle Fälle, bei denen es sich um den Verdacht einer Kindermisshandlung handelt, müssen dem amtsführenden Stadtrat angezeigt werden. Eine Liste dieser Fälle steht dem Jugendamt zur Verfügung. Wir zählen etwa 250 Fälle, bei denen die Fürsorgerinnen ununterbrochen bemüht sind, entweder den Verdacht auf Kindermisshandlung zu erhärten oder als nichtberechtigt nachzuweisen. Die Zahl der anonymen Anzeigen, die immer wieder an das Jugendamt kommen, geht in die hunderte. Stadtrat Professor Dr. Tandler bespricht dann eine Reihe von ganz ungläublichen Fällen von Kindermisshandlungen. Nichtsdestoweniger ist die Zahl der bei der Polizei angezeigten Fälle von Kindermisshandlungen im steten Rückgang. Gegenüber von 150 Fällen im Jahre 1919, betrug die Zahl der Anzeigen im Jahre 1927 nur mehr 65 und sank bis Mitte des heurigen Jahres auf 15. Das ist der beste Beweis dafür, dass sich die Verhältnisse dennoch bessern. Es soll niemand, der schuldig ist, von seiner Schul frei gesprochen werden, aber es dürfen nicht Unschuldige beschuldigt werden. Es widerspricht der Würde unserer Stadt wo unabhängig vom Glaubens- und Parteibekenntnis das Kind im Vordergrund des Interesses steht, durch Pauschalverdächtigungen die Arbeit des Jugendamtes zu erschweren. Die Fehler, die vorgekommen sind, sind zum Teil schon abgeschafft worden, zum Teil werden sie abgeschafft. Es liegt in der menschlichen Natur über einen Misserfolg tausende von Erfolge zu vergessen. Es geht da dem Jugendamt genau so wie den grossen Operateuren. Sie retten Tausenden das Leben, in einem Falle aber gelingt es nicht. Der Operateur ist dann selbstverständlich kein Lebensretter mehr, sondern ein Patzer. Ich habe nie die Mängel, auf die man mich aufmerksam gemacht hat, geleugnet, vielmehr ihre Existenz freiwillig zugegeben. Ich habe auch jedem Einzelnen gedankt, der bei mir eine berechnete Beschwerde vorgebracht hat. Stadtrat Professor Dr. Tandler gibt am Schlusse seiner Ausführungen seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass so schrecklich auch der Fall Stodolak sein möge, er der gesamten Jugendfürsorge eine ernste Warnung gewesen sei und das Jugendamt zur weiteren intensiveren Arbeit und zu einem weiteren Fortschritt verhalten werde. (Beifall bei der Mehrheit).

Hrn. Dr. Motzko (S.L.) bemerkt, Stadtrat Tandler habe den Aufriss eines interessanten Wohlfahrtsprogramms gegeben. Namentlich seine Ausführungen über die gesundheitliche Fürsorge verdienen die Zustimmung. Es ist befriedigend zu hören, dass gewisse Errungenschaften der modernen Medizin auch Gemeingut der Bevölkerung geworden sind.

die bei Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten und verschiedener anderer Krankheiten. Ebenso ist es zu unterstützen, wenn der Referent die ganze Bevölkerung zur Mitwirkung im Kampf gegen den Alkoholismus aufruft. Allerdings wäre hier nicht das Konsumverbot das wirksamste Mittel, andere Massnahmen wären weit wirksamer. Volltrunkenheit dürfte nicht, wie ^{dies} jetzt in unserem Strafgesetz der Fall ist, ein Milderungsgrund für die in der Trunkenheit begangene Delikt sein, es müsste beides, die Trunkenheit und das Delikt ausgiebig gestraft werden. (Zustimmung bei der Einheitsliste). Man müsste darüber nachdenken, ob den Leuten, die sich durch den Alkoholismus ein Leiden zugezogen haben, nicht den Anspruch auf Kranken- oder Altersunterstützung entziehen und ob man nicht überhaupt dem Alkoholiker das Recht nehmen sollte, den Lohn, selbst in die Hand zu bekommen. Stadträtin Dr. Motzko beschäftigt sodann im einzelnen mit dem Voranschlag und bemerkt, dass die für das Fürsorgewesen aufgewendeten Summen gewiss nicht klein seien, dass aber die Leistungen nicht im richtigen Verhältnis zum Aufwand stehen. In der offenen Armenfürsorge sind wir so weit gekommen, dass man von einem System der Stachelndrahtverhaue sprechen kann, ^{vor} dem die Hilfesuchenden stehen. Auch die Gemeinde müsste, wie dies durch die staatliche Altersfürsorge geschehen ist, den Armen ein Recht auf die Fürsorge geben. Andere Städte, wie z.B. München, geben bedeutend höhere Summen für die offene Fürsorge aus. Stadträtin Dr. Motzko stellt in diesem Zusammenhang die Anträge, dass die Anfallspfründe von neun auf zwölf Schilling zu erhöhen ist, dass die Wartefrist von einem Jahr auf ein Halbes Jahr herabgesetzt, dass an Stelle der üblichen Erhöhungstufen von zwei oder vier Schilling die Erhöhungen je nach den individuellen Erfordernissen des Falles gegeben werden, dass schliesslich die Post "Erhaltungsbeiträge" auf 15 Millionen Schilling erhöht wird. Zu tadeln ist auch, dass für die Ausspeisungsaktion kein Sonderbetrag ausgewiesen ist. In der offenen Fürsorge unterlaufen immer wieder die Versuche, sie mit Parteipolitik zu ersetzen. Ein Beispiel dafür ist die Behandlung, die Sie dem Reichsverband der Arbeitsinvaliden und seinen Mitgliedern zuteil werden lassen. Da hat ein Beamter in missbräuchlicher Anwendung seiner Amtsgewalt einem Reichsverbandesmitglied gesagt, dass es solange nichts von der Gemeinde bekommt, solange es diesem Verein angehört. (Rufe bei der Minderheit: Das ist ein Skandal, eine Niederträchtigkeit! Das ist der Geist der Verwaltung!) Stadtrat Dr. Motzko bespricht dann die Anstaltspflege für Erwachsene und tadelt insbesondere die vielen Amtshandlungen bei der Aufnahme eines Bedürftigen in die Anstaltspflege. Ebenso schwer für die alten Leute vollzieht sich der Uebergang von der geschlossenen in die offene Fürsorge. In Laatz werden den Leuten 40 Schilling Pfründe versprochen, und wenn sie dann ^{entlassen} sind, wird ihnen diese Pfründe bis auf 20 Schilling gekürzt. Es darf nicht vorkommen, dass zwei Abteilungen des Fürsorgeamtes so neben einander arbeiten. Auch hier muss ein Einvernehmen getroffen werden, und wenn Sie den Fürsorgeapparat mit Leben und nicht mit Bürokratie erfüllen, werden solche Unzukömmlichkeiten gewiss vermieden werden. Die Anstaltspflege führen Sie zu teuer. Der Hauptaufwand sind die Personalkosten. Die Lebensmittelkosten hingegen sind sehr bescheiden. Während in München in einer Versorgungsanstalt für 340 Pfléglinge der Jahrespersonalaufwand rund 55.000 Schilling beträgt, kostet Ihnen das Personal für eine Anstalt, wie eine in Mauerbach ist, nicht weniger als 155.000 Schilling. Bei den Pfléglingen hingegen verstehen Sie es zu sparen. Diese Klagen über ein unzureichendes Essen. Es wäre eine freiere Hand dafür wohl sehr am Platze. Sie rauben auch den Menschen das Gefühl, dass sie freie Menschen sind. Für die Anstalten bestehen Vorschriften, die diesen einen gefängnisartigen Charakter auferlegen. Nicht ohne ernste Kritik kann man an der Fürsorge für Kinder und Jugendliche vorbeigehen. Da verfolgen Sie auch Tendenzen, die sehr oft am richtigen Ziel vorbeigehen. Auch bei diesem Kapitel finden wir ein ungesunde Sparpolitik. Die Rednerin wendet sich dann der Besprechung des

Falles Stodolak zu und meint, dass es sich ergeben hat, dass Personen mit einem Amt betraut sind, deren Fähigkeiten den Erfordernissen ihres Amtes nicht entsprechen. Im Falle Stodolak wurden wohl Akten geschmiert aber das Notwendige wurde nicht gemacht. Er ist ein Beweis dafür, wie schematisch in der Fürsorge gearbeitet wird. Dass die verantwortliche Fürsorgerin vom Gericht nicht eruiert werden konnte, gibt einen Aufriss von der entsetzlichen, bürokratischen Ver-
 der entsetzlichen, Bürokratisierung Ihres Apparates. Der Akt Stodolak ist eben unter Ihrem System untergegangen, weil sich jede Fürsorge bei Ihnen nur in Erhebungen auslässt. Sie haben den Menschen die Verantwortung weggenommen und ihnen dafür Vorschriften gegeben. Wenn Sie ihnen die Verantwortung wiedergeben, wird gewiss der Instanzenweg wesentlich abgekürzt werden. In Ihrem Jugendfürsorgeapparat grenzen die Kompetenzen wie chinesische Mauern die einzelnen Abteilungen von einander ab. Wenn der Fall Stodolak nicht so traurig wäre, so müsste in aller Welt ein Gelächter über die Parodie der Fürsorge anheben, die das Jugendamt betreibt. (Beifall beider Minderheit). Wir sind mit dem Bericht des Herrn Stadtrates über den Fall Stodolak nicht zufrieden und verlangen eine ausführliche Darstellung. Stadtrat Dr. Alma Motzko stellt dann den Antrag, ebenso wie dem Verband wie freiwillige Jugendfürsorge auch dem Caritasverband eine Subvention von 80.000 Schilling zu gewähren. Die weiteren Ausführungen der Rednerin beschäftigen sich mit dem Kindergartenwesen, wobei die Rednerin ihrer Meinung Ausdruck gibt, dass durch die Aufdrängung der Kindergärten an die Mütter diesen das Gefühl der Pflicht gegenüber dem Kinde genommen werde. Es ist hinter den ganzen Kindergartenaktion nichts anderes zu vermuten, als dass Ihnen kein Mensch jung genug ist, um nicht in die sozialdemokratische Parteschule zu gehen.

Zum Schlusse verlangt GR. Motzko, dass sich der Wohlfahrtsreferent als Jugendschützer auch um die Dinge kümmere, die im Fortbildungsschulwesen vor sich gehen. Da ist in der städtischen Fortbildungsschule für das Schneidergewerbe an die Kinder ein Aufruf verteilt worden, der sie dazu animiert das Kleine Blatt zu lesen und ihnen gleichzeitig eine Probenummer des Kleinen Blattes in die Hand gegeben worden, in der die Verhütungsmethoden gesprochen wurden. (Hört! Hört! bei der Minderheit). Von der Zentrallehrerbibliothek aus wurde den Lehrlingen das Buch Novembre von Flaubert in die Hand gegeben, das ein Bordellbuch ist. (Hört! Hört! bei der Minderheit). Die Leute, die dergleichen zu verantworten haben, haben abzutreten. Sie kämpfen gegen die physischen Seuchen an, lassen es aber zu, dass der Jugend dieses Senkgrubenmilieu bereitet wird, das der Wiener Fortbildungsschulrat propagiert. Stadträtin Motzko erklärt schliesslich, dass sie gegen das Budget stimmen werde. (Lebhafter Beifall und Handklatschen bei der Einheitsliste. - Die Rednerin wird beglückwünscht).

GR. Hörnmayr (E.L.) bezeichnet die Post "Erhaltungsbeiträge" als zu niedrig, und weist darauf hin, dass die im Jahre 1913 eingesetzte Post höher war. Er beschäftigt sich sodann ausführlich mit der Armenfürsorge und wendet sich dagegen, dass die ganze Fürsorge heute politisiert ist. Es kommt vor, dass Leute abgewiesen werden, weil sie nicht sozialdemokratisch organisiert sind. Akten bleiben Monate lang liegen. Wenn sich ein sozialdemokratischer Fürsorgerat für eine Sache einsetzt, wird sie bewilligt, auch wenn das Ansuchen noch so unberechtigt ist. Da wurde z.B. aus politischen Gründen einem Mann ein Mittellosigkeitsszeugnis verweigert und er es betreiben hat, hat ihm der Fürsorgerat gedroht, er werde zum Revolver greifen, wenn der Betreffende seine Wohnung nicht verlasse. (Hört! Hört! bei der Minderheit). Ein besonderes Kapitel ist es auch, wie die Leute in den Fürsorgeinstituten durch die Schwa behandelt werden. Gemein-

rat Hörnmayr wendet sich dagegen, dass die Nikolofeier in den städtischen Anstalten abgeschafft wurde und bespricht sodann die für Körperkultur eingesetzte Post. Er ersucht, das Projekt endlich dem Gemeinderat vorzulegen und die Wünsche der Minderheit dabei zu berücksichtigen. Ebenso verlangt er, dass christlichen Organisationen Subventionen in höherem Ausmass zugewendet werden. Er stellt schliesslich den Antrag, dass alljährlich 70 Jahre alten erwerbsunfähigen Befürsorgten, die höchsten Unterhaltsbeiträge im Ausmass von 40 Schilling im Monat zugewendet werden sollten. (Beifall bei der Einheitsliste).

HR. Merbaul (E.L.) bespricht die Kohlenaktion der Gemeinde für die Befürsorgten und meint, dass diese Aktion nur geringen praktischen Wert habe, da für die Zufuhr der Kohle nicht gesorgt sei. Den alten Leuten ist es unmöglich, sich die Kohlen selbst zu holen. Er bestreitet sodann die Behauptung des Stadtrates Tandler, dass an die Fürsorgeräte keine Weisungen hinausgegeben werden und stellt dem gegenüber fest, dass in die an Fürsorgeräte verteilten Hefte Aufforderungen an die Fürsorgeräte hineingeschmuggelt worden seien, dass zur Erhöhung der Pfründen im Ausmass von zwei Schilling bewilligt werden dürfen. Die Sozialdemokraten haben die bestmöglichen guten Einrichtungen auf dem Gebiet des Armenwesens besichtigt und sie durch einen Apparat ersetzt, der so arbeitet, wie man es an dem Fall Stodolak sieht. Der Redner führt Klage über die Beseitigung der Waisenträte und über die mangelhafte Pflege der Kinder in den Waisenhäusern und bezeichnet auch die Fürsorge in Lainz als unzulänglich. Man möge endlich von dem heutigen System abgehen und den alten versorgungsbedürftigen Wienern das geben, was ihnen gebührt. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Pfeiffer (E.L.) begrüsst auf das freudigste die energische Stellungnahme des Stadtrates Tandler gegen den Missbrauch des Alkohols und schliesst sich der Meinung der Gemeinderätin Dr. Motzko an, dass Trunkenheit kein Milderungsgrund bei Verbrechen sein dürfe, dass sie vielmehr ebenso bestraft werden müsse, wie das Verbrechen selbst. Es wäre vor allem die Aufgabe der sozial höher gestellten Schichten gegen den Missbrauch des Alkohols aufzutreten. Man ist sehr gerne bereit einen trunkenen Arbeiter zu verurteilen und es andererseits für falsch zu halten, wenn sich Leute von Bildung einen gründlichen Rausch ansaufen. Es müsste aber auch endlich ein praktischer Weg zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauches beschritten werden, um zu diesem Zweck eine strenge Besteuerung aller fremdländischen Schnäpse und Weine Platz greifen. GR. Pfeiffer beschäftigt sich sodann mit der für das Stadion eingesetzten Post. In dieser Frage hätten zuerst die Fachleute Stellung nehmen sollen, bevor der sozialdemokratische Klub gesprochen hat, dann wäre auch die schwierige Situation vermieden worden, in die wir jetzt hinsichtlich der Platzwähler geraten sind. Infolge der notwendig gewordenen Platzverlegung sind die eingereichten Stadionprojekte wertlos geworden. Gemeinderat Pfeiffer richtet an Stadtrat Tandler das dringende Ersuchen in den Fragen des Körpersports und der körperlichen Erziehung den einseitigen Parteidogmen aufzugeben. Schliesslich kommt er auf den Fall Stodolak zu sprechen, der gewiss ein Zeichen für die um sich greifende Verrohung sei. Wenn aber Stadtrat Tandler wünscht, dass hier eine Verbesserung eintritt, muss er sich vor allem an seine eigene Partei wenden und dafür sorgen, dass der Klassenkampf und Klassenhass, der schon in die Herzen der Kinder gelegt wird, abgebaut wird. Diejenigen, die den Klassenkampf und Klassenhass predigen, haben nicht das Recht vom Abbau des Hasses und der Verrohung zu sprechen.

(Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

HR. Dr. Friedjung (Soz. Dem.) bemerkt, es sei nötig, gegenüber der abfälligen Kritik, die die Redner der Minderheit an den städtischen Fürsorgewesen üben, einmal die Verdienste des Stadtrates Tandler um die Fürsorge ins rechte Licht zu stellen. In der Bevölkerung ist z. B. zu wenig bekannt, welche Wandlung sich auf dem Gebiet der Kinderospitäler in Wien vollzogen hat. Wir haben drei Kinderospitäler in Betrieb genommen, die nahe dem Zusammenbruch waren. Aus diesen Anstalten wurden und das ist vor allem das Verdienst Tandler's, Musterbetriebe geschaffen. Gemeinderat Dr. Friedjung wendet sich sodann gegen die Ausführungen der Gemeinderätin Motzko, die das Alkoholverbot abgelehnt hat, weil ein solches Verbot eine Einschränkung der persönlichen Freiheit bedeute. Um was für Freiheit handelt es sich hier? Um die Freiheit, Frau und Kinder zu prügeln und alle möglichen Unglücksfälle hervorzurufen und sich dann damit zu entschuldigen, dass man volltrunken war.

Frau Stadträtin Dr. Motzko hat gefordert, dass sich die Gemeinde die Gewissensfrage vorlegen möge, den alten Leuten eine gewisse Altersversorgung zu geben. Da ersuchen wir nun die Frau Stadträtin, ihren Einfluss doch bei ihrer Partei geltend zu machen, und zwar mit dem Hinweis darauf, dass der Nationalrat eine Altersversorgung, aber mit Prosperitätsklauseln festgelegt hat, die ein günstiges Auswirken des Gesetzes erst dann ermöglichen, "wenn es uns so gut geht, dass wir uns es auch leisten können." Wenn man sich also heute die günstige Auswirkung des Altersversorgungsgesetzes nicht leisten kann, kann man sich auch nicht die Leistung erlauben, den Mieterschutz abzubauen. (Beifall bei der Mehrheit). Der Redner tritt dann der Behauptung der Stadträtin Dr. Motzko entgegen, dass die Gemeinde die Kinder in die Kindergärten zwingt. Die Gemeinde hat nie darauf abgezielt. Der Redner erklärt dann, dass er ein Anhänger der allgemeinen Kindergartenpflicht sei, wonach die Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr an einige Stunden in Kindergärten zu verbringen haben. Professor Dr. Tandler hat das schwerste Referat, er soll gutmachen, was die gesellschaftlichen Schäden an Wunden geschlagen haben. Wir werden seine Tätigkeit mit aller Kraft unterstützen. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Binder (E. L.) führt über die Sparmassnahmen in der offenen Fürsorge Beschwerde, die er als grausam bezeichnet. Er bespricht dann einige Fälle, bei denen bedürftige Menschen die Pfründen oder Erhaltungsbeiträge entweder herabgesetzt oder ganz eingestellt wurden. Er tadelt, dass das Fürsorgewesen nicht individuell behandelt werde und wünscht schliesslich eine raschere Ackerledigung. Der Hauskrankenpflege wäre ebenfalls ein grösseres Augenmerk zuzuwenden. Es wäre auch sehr notwendig, dass die aus Heilanstalten entlassenen Menschen, wenn sie kein Obdach haben, mehr von Wohnungsamt berücksichtigt werden würden. Vor der Wiederbelegung von eigenen Gräbern soll/ frühere Grabeigentümer verständigt werden, dass seine Grabmiete abgelaufen ist. Dadurch werden viele Unzukömmlichkeiten vermieden werden. (Beifall bei der E. L.)

GR. Wawerka (E. L.) wünscht, dass den Gemeinderäten Gelegenheit geboten werde, die Fürsorgeanstalten der Gemeinde kennen zu lernen. Es wäre auch angekeigt, wenn der gesamte Ausschuss in die Anstalten mitunter Exkursionen machen würde. Unter Hinweis auf die Gesamtausgaben für Wohlfahrtswesen von 109 Millionen Schilling erklärt der Redner, dass die Ausgaben für Sport und Körperkultur nur rund ein Prozent der Ausgaben darstellen. Das sei herzlich wenig. Ebenso wird bei anderen Ausgaben gespart. Während für Geld- und Sachaushilfe im Jahre 1927 noch 2'57 Millionen Schilling ausgegeben wurden, sind für 1929 nur mehr 1'85 Millionen Schilling veranschlagt. Es wäre eine ausgiebige Erhöhung dieser Post notwendig. Wenn Stadtrat Tandler bestritten hat, dass an die Fürsorgeräte Weisungen zur Sparsamkeit hinausgehen, so sind solche Weisungen gar nicht nötig, da die Knappheit der den Fürsorgeräten zugewiesenen Mittel sie zur

Sparsamkeit zwingt. Es ist eine Schande, dass die reiche Gemeinde Wien an den Aermsten der Armen sparen will. Gemeinderat Wawerka bezeichnet die dem Wiener Jugendhilfswerk zur Verfügung stehenden Mittel als ganz unzulänglich, ebenso die Post für die sogenannten Fürsorgefahrtscheine und ^{erhebt} darüber Beschwerde, dass einzelne Fürsorgeräte mit dem Parteiabzeichen antieren. Endlich müsste die Entpolitisierung des Fürsorgewesens und insbesondere auch des Subventionswesens herbeigeführt werden und verlangt, dass der Opposition klarer Einblick in alle Subventionsansuchen gegeben wird. Schliesslich erinnert er an seine in der vorjährigen Budgetdebatte vorgebrachte Beschwerde, dass Mitglieder sozialdemokratischer Jugendorganisationen gelegentlich des Parteitages in Klagenfurt in geradezu verabscheuungswürdigerweise über die katholische Religion und die katholischen Priester geäußert haben. Kurze Zeit darnach ist es vorgekommen, dass Jugendliche in der Kirche bis zum Presbyterium vorgedrungen sind und darüber gespuckt haben. Die sozialdemokratische Partei ist für solche Dinge verantwortlich, da sie im Gegensatz zu ihrem Programm, dass Religion Privatsache sei, den Kampf gegen die Religion und speziell gegen die katholische Religion predigt. Kein Sozialdemokrat wird ein Beispiel nennen können, dass eine obhustliche Jugendorganisation sich eine ähnliche Verhöhnung einer gegnerischen Organisation oder einer gegnerischen Idee geleistet hätte. Der Unterschied ist eben der, dass Sie die Jugend verhetzen und wir sie erziehen. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

GR. Ammon (Soz. Dem.) hält den Rednern der Minderheit, die sich über Sparmassnahmen der Gemeinde auf dem Gebiete des Fürsorgewesens beklagt haben, die Budgetpost "Säuglingswäsche" entgegen. Auch an dieser Post wurde Kritik geübt. In Wirklichkeit ist es aber rührend, was man von den Frauen, die dieses Geschenk erhalten, zu hören bekommt. Die Aktion kommt tausenden Frauen zugute, die bei den heutigen schlechten Verhältnissen nicht in der Lage wären, Säuglingswäsche anzuschaffen und diese Aktion hat nicht nur materiellen, sondern auch ethischen Wert, da sie die Frauen, die das mit grösster Liebe ausgestattete Wäschepaket in die Wohnung bekommen, auch anseiert, ihren Kindern das Möglichste an Liebe zu bieten. Wie unrecht diejenigen haben, die diese Aktion deshalb kritisiert haben, weil sie auch reichen Leuten zugute kommt, geht aus einer Statistik hervor, aus der sich ergibt, dass in den proletarischen Bezirken, Favoriten, Ottakring und Brigittenau, die grösste Zahl solcher Wäschepakete abgegeben wurden. Im Jahre 1927 sind in neun Monaten in Favoriten 907, in Ottakring 586 Pakete, in Döbling, einem bürgerlichen Bezirk, aber nur 177 solcher Pakete verteilt worden. Dieser Säuglingswäscheaktion, reißen sich noch andere Aktionen der Gemeinde an, die Mütterhilfe- und die Frischmilchaktion, die darin besteht, dass Kindern bis zu sechs Monaten ein halber Liter und Kinder bis zu einem Jahr ein Liter Milch täglich gegeben wird. Gemeinderätin Ammon dankt dem Stadtrat Tandler für diese wahren Fürsorgeaktionen und erklärt der Wohlfahrtsausschuss werde dem Stadtrat Tandler, wie bisher auch in Zukunft in seinen Bestrebungen um die städtische Fürsorge unterstützen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Körber (E. L.) stellt gegenüber der Gemeinderätin Ammon fest, dass schon vor dem Kriege auf dem Gebiete der Säuglingsfürge alles erdenkliche geschehen sei. Im Übrigen lohnt es sich, wenn man 76 Millionen an Fürsorgeabgabe einnimmt schon, 600.000 Schilling für die Wäscheaktion auszugeben. GR. Körber beschäftigt sich sodann mit dem Bürgerspitalsfond und führt über den grossen Abgang Beschwerde. Dieser Abgang wird einmal aufhören müssen, da sonst das grosse Vermögen dieses Fonds ganz aufgezehrt wird. Es ist gewiss zu begrüssen, dass der Prozentsatz der Sterbefälle, bei Tuberkulose Erkrankungen auf die Hälfte gesunken ist, aber auch dieser Prozentsatz ist noch viel zu hoch. Wenn man die Tuberkulose bekämpfen will, müsste man vor allem auch die Mistablagerungsstätte am Bruckhaufen, diese Brutstätte von Krankheiten endlich entfernen. Schliesslich stellt GR. Körber den Antrag, der Gemeinderat möge den seinerzeitigen Beschluss, wegen Erbauung eines Stadions dahin abändern, dass

Das Stadion nicht zwischen dem Freizeitsportplatz und der Hauptallee, sondern auf dem von der Kaiserin Elisabeth gelegenen Wiesengrund erbaut wird. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

Fünfter Bogen der Budgetdebatte vom 18. Dezember:

Stadtrat Professor Dr. Tandler erinnert zunächst gegenüber den Vorwürfen über parteimässiges Vorgehen von Fürsorgeräten an seine Rundschreiben, das er in der letzten Zeit an alle Fürsorgeinstitutsvorsteher gerichtet habe, und vonden er sich einen Erfolg verspreche. Es wurde auch über die schlechte Behandlung der Pflöglinge in den Versorgungsanstalten geklagt. Diese Beschwerden erwidere ich nicht, dass christlichsoziale Fürsorgeräte und Mandatare z.B. Lainz besucht haben und sowohl die Verpflegung als auch die Leitung der Anstalt als muster-gültig bezeichneten. Was die Beschwerden über die Gewährung von Erhaltungsbeträgen anlangt, so kann ich nur sagen, dass wir nach bestem Können die Leute unterstützen. Stadtrat Professor Dr. Tandler nimmt sodann zum Reichsverband der Arbeitsinvaliden Stellung. Dieser Verband hat erst vor einigen Tagen eine ganz falsche Nachricht über eine Weihnachtsaushilfe der Gemeinde Wien in die Zeitungen gebracht. Was er da bekannt gab, war eine bewusste Lüge. Das Vorgehen dieses Verbandes berechtigt uns, ihm mit grössten Misstrauen zu begegnen. Der Reichsverband hat den Fürsorgefall eines Mannes anhängig gemacht, bei dem unsere Erhebungen ergaben, dass zwei Söhne dieses Mannes ein Hotel in Baden betreiben. (Stadtrat Kunschak: Die sind aber in Konkurs gegangen! GR. Kolassa: Das hätten Sie auch sagen müssen!) Mir liegt die Hinterhältigkeit nicht und ich lasse auch nicht an meiner persönlichen Anständigkeit anzweifeln. Ich bestehe darauf, so behandelt zu werden, wie es sich unter Gentlemen gehört. (Beifall bei der Mehrheit). Der Reichsverband hat auch einen anderen Fürsorgefall anhängig gemacht. Er betrifft eine Frau, die auf dem Lande wohnt. Unsere Erhebungen haben ergeben, dass das Einkommen des Sohnes dieser Frau, der Arzt ist, monatlich 1200 Schilling beträgt. Wenn sich also der Reichsverband so benimmt, sind wir zu unserem Misstrauen ihm gegenüber berechtigt. Stadtrat Professor Dr. Tandler kommt nun auf die Alkoholfrage zu sprechen und erklärt, dass es ihm gelungen ist, alle Heilanstalten der Gemeinde alkoholfrei zu machen, sicher ein anerkennenswerter Fortschritt zur Bekämpfung des Alkoholismus. Es wird auch kein magistratisches Kostkind in eine Familie in Pflege gegeben, wo ein Trinker ist, weil schon an den widerlichen Szenen, die ein Alkoholiker bietet, ein Kind zugrundegehen muss. Die nächsten Ausführungen des Redners beschäftigen sich dann mit dem Stodolakangelegenheit, wobei er feststellt, dass die eine Fürsorgerin die andere speziell auf die Sache aufmerksam gemacht hat. Die Versetzung von Fürsorgerinnen musste vorgenommen werden, da die Mehrzahl von diesen schon jahrelang in einem und demselben Sprengel arbeitete, eine Versetzung daher im Interesse des Dienstes und der Fürsorgerinnen sowie der Sache selbst gelegen war. Aus dem Fall Stodolak abzuleiten, dass das Fürsorgewesen zu bürokratisch verwaltet werde, ist gewiss ungerechtfertigt. In einer Besprechung des Kindergartenswesens verweist schliesslich Stadtrat Tandler darauf, dass von den 100.000 Wiener Kindern zwischen 2 und 6 Jahren sich im Ganzen 8000 in städtischen Kindergärten befinden, was gewiss nicht zu viel sei. Über die religiösen Fragen habe er immer zu sprechen vermieden, da er der Ueberzeugung sei, dass der Kampf der Weltanschauungen nicht in diesem Saal ausgetragen werden wird. Bis dahin sei aber jeder Mann verpflichtet der ehrlichen Ueberzeugung des anderen seine Achtung zu bezeugen. Stadtrat Tandler ersucht schliesslich dem Budget seiner Gruppe zuzustimmen.

GR. Kolassa (E.L.) stellt in seiner tatsächlichen Berichter-tigung fest, dass er mit seinem dem Referenten Zwischenruf nicht vorwerfen wollte, dass etwas verschwiegen habe. Der Zwischenruf sollte nur besagen, dass die Erhebungen nicht vollständig waren. Wären die Erhebungen vollständig gewesen, so hätte sich die Sachlage geändert.

Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe III wird genehmigt die Minderheitsanträge abgelehnt.

Schluss der Sitzung 22 Uhr.